

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 3

Artikel: Der Sinowjew-Brief
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347357>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Sinowjew-Brief

Die heutige Generation hat keine Ahnung mehr, was der sogenannte «Sinowjew-Brief» einmal bedeutete, der in den zwanziger Jahren ungefähr die Rolle gespielt hat wie der Reichstagsbrand in den dreissiger Jahren. Grigorij Sinowjew (1883–1936) war von 1919 bis zu seinem Sturz 1926 der allmächtige Vorsitzende der Komintern, der von Moskau aus die diversen kommunistischen Parteien am Gängelbände hielt und ihnen Befehle erteilte. Es hat viele solcher «Sinowjew-Briefe» voll scharfer Kritik an der Schlappeheit der nichtrussischen Kommunisten gegeben, aber nur einer ist notorisch geworden, der angeblich von Sinowjew im September 1924 an die Kommunisten ergangene Marschbefehl.

Damals war in England die erste Arbeiterregierung am Werke. Ramsay Macdonald war Premierminister und Aussenminister in einer Regierung, die im Parlament keine feste Mehrheit hatte. Die Labour Party war nicht die stärkste Partei des Unterhauses; das waren die Konservativen geblieben, die aber ihre parlamentarische Mehrheit verloren hatten. Die damals noch relativ starken Liberalen verweigerten ihnen die Unterstützung, so dass die Konservativen die Regierung freigeben mussten. Labour, an die Macht gelangt, konnte sich in beschränkter Masse auf die Hilfe der Liberalen stützen. Die Regierung Macdonald vermochte ihr innenpolitisches Programm nicht durchzuführen, entfaltete aber eine rege aussenpolitische Offensive mit dem Ziel der Befriedung der Welt. Das fand die Unterstützung der Liberalen, die aber schon weit mehr Zurückhaltung übten, als Macdonald das Verhältnis zu Sowjetrussland zu bereinigen begann. Die ideologischen Gegensätze zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus konnten die Labourregierung nicht daran hindern, den absurden Zustand zu beseitigen, dass Sowjetrussland diplomatisch von England nicht anerkannt war. Der Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen folgten Handelsvertrags- und Kreditverhandlungen, Dinge, die heute selbstverständlich sind, damals aber auf eine leidenschaftliche Opposition stiessen, aus der die Konservativen Nutzen zu ziehen versuchten. Die Regierung Macdonald erlitt schliesslich eine parlamentarische Niederlage, als die Liberalen für ein konservatives Misstrauensvotum stimmten, weil die (aussichtslose) gerichtliche Verfolgung eines kommunistischen Journalisten wegen antimilitaristischer Propaganda eingestellt worden war. Das Unterhaus wurde aufgelöst, Neuwahlen wurden ausgeschrieben.

Den nun einsetzenden Wahlkampf bestritten die Konservativen hauptsächlich damit, dass sie das Schreckgespenst eines von Labour geförderten kommunistischen Umsturzes an die Wand malten. Wenige Tage vor den Wahlen wurde ein besonderer Schlag veröfentlicht: ein angeblicher Brief Sinowjews an die englischen Kommunisten, in dem diese aufgefor-

dert wurden, alles für einen Umsturz vorzubereiten und vor allem Zersetzungsarbeit in die Armee zu tragen. Die (gar nicht existierende) militärische Sektion der Partei leide, hiess es in dem Schriftstück, dessen Original nie jemand gesehen hatte, an einem Mangel an Spezialisten, die die künftigen Leiter der britischen Roten Armee zu sein hätten. Das war eine Sprache, die angesichts der völligen Bedeutungslosigkeit der britischen Kommunisten nur lächerlich wirken konnte. Dieser Umstand allein beweist noch nichts gegen das Schriftstück, denn die Kommunisten haben besonders in diesen Tagen oft ganz irrealer Dinge vertreten. Aber es war unwahrscheinlich, dass Sinowjew auch in vertraulichen Mitteilungen eine so offene Sprache führen, dass er gerade das sagen würde, was jene brauchen, die mit dem Bolschewikenschreck operieren.

Der «Sinowjew-Brief» wurde unter merkwürdigen Umständen veröffentlicht. Einerseits hatte sich die konservative «Daily Mail» einer Abschrift bemächtigt und brachte sie als grosse Sensation heraus. Andererseits hatte das britische Aussenministerium, das auch irgendwie in den Besitz einer oder mehrerer Abschriften geraten war, gleichzeitig den Text den Zeitungen zusammen mit einer Protestnote zur Verfügung gestellt, die es dem sowjetischen Geschäftsträger Christian Rakowsky zugestellt hatte. (Rakowsky, ein 1873 geborener alter Bolschewik, wurde 1938 in einem der berühmten Moskauer Prozesse zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt und ist 1941 in der Haft gestorben. Sinowjew, ein Weggefährte Lenins – er ist mit ihm 1917 im plombierten Zug aus Zürich nach Russland zurückgekehrt –, wurde 1936 nach einem Schauprozess hingerichtet. Er wurde bis heute nicht rehabilitiert). Das Foreign Office hatte das angebliche Dokument vorher dem Aussenminister Macdonald vorgelegt, der sich auf einer Agitationsrede im Lande befand. Macdonald stellte es mit der Forderung zurück, erst die Echtheit zu prüfen und im Falle sich diese erweisen sollte, ihm den Entwurf eines Protestes zu geben. Die Echtheit wurde nicht geprüft, und ein von Macdonald nicht genehmigter Protest ohne sein Wissen losgelassen. Ob das auf bürokratisches Besserwissen oder einen Versuch der Bürokratie zurückging, der Labourregierung ein Bein zu stellen, hat sich nie feststellen lassen und ist heute, da fast alle Beteiligten tot sind, nicht mehr feststellbar.

Würde heute ähnliches veröffentlicht, würden sich die Fachleute darauf stürzen und durch Analyse jedes Wortes Echtheit oder Fälschung nachzuweisen suchen. Die Wissenschaft der «Kreml-Astrologie», die heute einen riesigen Umfang angenommen hat, steckte damals noch nicht einmal in den Kinderschuhen. Niemand prüfte das Schriftstück. Die ganze konservative Presse tat so, als wäre sie von der Echtheit überzeugt, und nur der sozialistische «Daily Herald» widersprach ihr. Es handelt sich bei dem Schriftstück um keine ungeschickte Fälschung; die Autoren waren offensichtlich mit der kommunistischen Phraseologie vertraut. Aber sie machten einen Fehler schon mit dem ersten Wort, und dieser Fehler musste

jedem Kenner beweisen, dass es sich nicht wirklich um einen Brief Sinowjews handeln konnte. Das Schriftstück soll als Briefkopf die Aufschrift «Dritte Kommunistische Internationale» getragen haben. Das ist ganz undenkbar. «Dritte Internationale» war keine offizielle Bezeichnung, und sie wäre nie von der Komintern benützt worden, die einfach «Kommunistische Internationale» hiess.

Trotzdem hat der angebliche Sinowjew-Brief damals seine Wirkung getan. Die Konservativen errangen, allerdings vor allem durch den völligen Zusammenbruch der Liberalen, eine parlamentarische Mehrheit und regierten bis 1929. Die antibolschewistische Sensation in letzter Minute mag dazu beigetragen haben, die Wählerschaft zu erschrecken. Dass der sowjetische Aussenminister Tschitscherin sofort von einer Fälschung sprach, nützte wenig. 1927 war in einem Moskauer Prozess davon die Rede, dass der Brief in Berlin von zaristischen Emigranten gefälscht worden war; in diesem Zusammenhang wurden die Namen Bellegarde und Gumansky genannt. Aber man schenkte dem natürlich keinen Glauben.

Erst Ende 1966 hat die Londoner unabhängig-konservative «Sunday Times» durch einen Zufall feststellen können, dass damals in Moskau im Wesen die Wahrheit gesprochen worden war. Das Blatt hatte eine in England lebende russische Emigrantin namens Irina Bellegarde ausfindig gemacht, die bereitwilligst erzählte, sie habe selbst zugesehen, wie ihr verstorbener Gatte Alexis *Bellegarde* mit anderen Russen, darunter Gumansky, in ihrer Wohnung in der Eisenacherstrasse 117 in Berlin-Charlottenburg den Brief fabriziert habe. Drei Redakteure des Blattes sind der Sache weiter nachgegangen und behandeln sie jetzt in einem 200 Seiten umfassenden Buch (Lewis Chester, Stephen Fayn, Hugo Young, «*The Zinoviev Letter*», Verlag Heinemann, London 1967).

Man erfährt viele bemerkenswerte Einzelheiten. Die Verfasser haben überlebende Aufzeichnungen gründlichst studiert und analysiert; sie haben Verbindung mit allen überlebenden Personen aufgenommen, die mit der Sache zu tun hatten. Sie haben vor allem das Interesse der Konservativen Partei an der Ausschlichtung der Affäre festgehalten; die Konservativen haben sich das den damals sehr bedeutenden Betrag von 5000 Pfund kosten lassen, von dem man nicht weiss, in wessen Taschen er verschwunden ist. Auch sonst bleibt vieles unaufgeklärt. Die Verfasser können nur Vermutungen darüber anstellen, wer die Verbindung der Fälscherbande in Berlin mit Stellen in London hergestellt hat. Unklar bleibt, von wem der Auftrag oder die Anregung zur Fabrikation des Briefes kam. Bellegarde, Abkömmling einer französischen Adelsfamilie, die unter Katharina der Grossen nach Russland ausgewandert war, beherrschte als 26jähriger russischer Emigrant in Berlin die englische Sprache ausgezeichnet, wenn ihm in einem langen Schriftstück keine Sünde gegen diese Sprache widerfuhr. Die Fälschung wurde vorgenommen, ehe es bekannt wurde, dass Wahlen ausgeschrieben werden. Es ging den Fälschern wohl mehr darum,

den Abschluss des britisch-sowjetischen Handelsvertrags zu erschweren, als die Regierung Macdonald zu schlagen.

Es bleibt also noch vieles im Dunkeln. Man erfährt nicht, ob die britischen Konservativen die Fälschung geradezu bestellt haben und ob sie wussten, dass sie 5000 Pfund für die Fälschung ausgaben. Aber durch die Erzählungen der Frau Bellegarde ist ein für allemal sichergestellt, dass der «Sinowjew-Brief» eine Fälschung war, die man aus politischer Berechnung ausgewertet hat.

Das «Profil» ist kein Amtsblatt der Partei

und die Autoren der dort erscheinenden Artikel können deshalb in dem Rahmen, der durch Demokratie und Sozialismus abgesteckt ist, auch unorthodoxe Auffassungen vertreten.

Die Konsequenz der Meinungsfreiheit in den Spalten des «Profils» ist, dass die in ihm vertretenen Auffassungen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen müssen und damit auch nicht unbedingt als die offizielle Ansicht der SPS anzusehen sind.